

Stiftungshochschule und Hochschulstiftung – Rechtsform der Hochschulen im Wandel –
, erschienen in: RDJB 2003, S. 36

Nachdem in den 70er Jahren für die Hochschulen der Übergang von der „Ordinarienuniversität“ zur „Gruppenuniversität“ vollzogen wurde, erfolgt nunmehr mit dem „Stiftungsmodell“ ein erneuter Paradigmenwechsel. Im Gegensatz zu den früheren Änderungen der Hochschulverfassung, die in erster Linie innerorganisatorische Fragen betrafen, justiert die jüngste Reform das Verhältnis der Hochschulen zum Staat grundlegend neu. Kern der Stiftungsoption, die das neue Hochschulgesetz den niedersächsischen Hochschulen einräumt, ist der Wechsel der Rechtsträgerschaft vom Land auf eigens zu diesem Zweck zu gründende Hochschulstiftungen. Als eigenständige juristische Personen des öffentlichen Rechts treten diese zwischen das Land und die Hochschulen; eine Stiftungshochschule ist demnach nicht mehr durch ein unmittelbares rechtliches Band mit dem Staat verbunden.

Die Gegenüberstellung zweier selbständiger juristischer Personen des öffentlichen Rechts (Hochschulstiftung und Stiftungshochschule) dürfte allerdings – etwa wegen der Identität des Präsidiums der Stiftungshochschule mit dem der Stiftung – eher theoretischer Natur sein. Auch begibt sich der Staat keineswegs seiner Einflußmöglichkeiten auf die Stiftungshochschule, sondern das Fachministerium beruft zum Beispiel weiterhin die Professorinnen bzw. Professoren der Stiftungshochschule. Neben den rechtlichen Problemen, die sich bei dem Vollzug des Rechtsträgerwechsels ergeben – erwähnt seien hier nur die arbeits- und dienstrechtlichen Fragen der Übernahme des Personals sowie die rechtlich auf tönernen Füßen stehende Übertragung des Eigentums an den Grundstücken vom Land auf die Hochschulstiftung –, sind gegen das neue Modell vor allem grundsätzliche Bedenken zu erheben. Das Stiftungsmodell ist ersichtlich dem Unternehmensmodell nachempfunden, ohne zu berücksichtigen, daß die Aufgabenstellungen von Hochschule und Wirtschaftsunternehmen nicht vergleichbar sind und ohne die Hochschulen mit unternehmerischen Freiheiten (z.B. der Möglichkeit zur Erhebung von Studiengebühren) auszustatten.

Das vorgebliche Ziel der Reform, den Hochschulen mehr Autonomie und Flexibilität zu verschaffen, wäre mit der Rechtsform einer eigentumsfähigen Körperschaft des öffentlichen Rechts eher erreicht worden. Somit drängt sich der Verdacht auf, daß die mit der Reform angestrebte „Entstaatlichung“ auf schrumpfende Haushaltsmittel zurückzuführen ist und es in erster Linie Ziel der politischen Akteure war, für Hochschulfragen nicht mehr in die Verantwortung genommen zu werden.